

Anlaufstelle für Sans-Papiers  
Rebgasse 1  
4058 Basel  
061 681 56 10  
[basel@sans-papiers.ch](mailto:basel@sans-papiers.ch)

Basel, September 2008

## **Fragebogen zu ArbeitgeberInnen von Haushaltshilfen ohne Arbeits- bzw. Aufenthaltsbewilligung**

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr

Regelmässig erhalten wir Anrufe von Personen, die Hausangestellte beschäftigen, die über keine Arbeits- bzw. Aufenthaltsbewilligung verfügen. Vielfach lautet dann die Frage, welche Möglichkeiten es gebe, ihre Angestellten zu legalisieren und für sie Sozialleistungen zu entrichten. Leider ist dies aufgrund der aktuellen Gesetzeslage nicht möglich. Denn aus Nicht-EU-Ländern sind nur hoch qualifizierte Personen für den Schweizer Arbeitsmarkt zugelassen.

Die Reaktionen zeigen uns, dass viele der betroffenen ArbeitgeberInnen über die aktuelle Arbeitsmarktpolitik nicht glücklich sind. Hinzu kommt, dass das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Schwarzarbeitsgesetz für zusätzliche Verunsicherung sorgt.

Die Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel kennt das Problem aus eigener Erfahrung. Denn sie berät seit mehreren Jahren Menschen, die ohne Aufenthaltsbewilligung in der Region Basel leben. Viele dieser Sans-Papiers – insbesondere Frauen – arbeiten in privaten Haushalten (z.B. als Putzfrauen). Da eine fehlende Aufenthalts- auch das Fehlen einer Arbeitsbewilligung bedeutet, sind diese Menschen gezwungen, illegal zu arbeiten.

Eine 2007 erschienene Studie der interprofessionellen Gewerkschaft der ArbeiterInnen IGA kommt allein für den Kanton Basel-Stadt auf einen wöchentlichen Bedarf an externer Hausarbeit von über 100'000 Stunden. Darunter fallen rund 40'000 Stunden irregulärer Erwerbsarbeit, die von Sans-Papiers ausgeführt wird. Der hiesige Bedarf an Haushaltshilfen kann durch SchweizerInnen oder EU-BürgerInnen also gar nicht abgedeckt werden. Dies hat zur Folge, dass Arbeitskräfte aus sogenannten Drittstaaten (Lateinamerika, Afrika, Asien) benötigt und eingesetzt werden. Wie schon erwähnt, ist dies aufgrund der aktuellen Gesetzgebung aber nur in Form illegaler Beschäftigung möglich.

Eine Lösung des Problems bestünde in der Einführung von Kontingenten (z.B. jährlich einige hundert Arbeitsbewilligungen für die Region Nordwestschweiz) für Personen aus Drittstaaten, die in privaten Haushalten arbeiten. So hat sich beispielsweise die Regierung des Kantons Genf schriftlich an den Bundesrat gerichtet, mit der Forderung nach einem Kontingent von 5000 Arbeits- bzw.

Aufenthaltsbewilligungen für Nicht-EU-BürgerInnen für den Sektor Hauswirtschaft.

Die Anlaufstelle für Sans-Papiers setzt sich in Zusammenarbeit mit der IGA mit Vorstössen auf politischer Ebene für eine derartige Lösung für die Region Nordwestschweiz ein.

Um dieses Anliegen erfolgreich voran zu bringen, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen! Wir sind überzeugt, dass viele legitime Gründe dazu führen, Sans-Papiers zu beschäftigen. Mit unserer Umfrage wollen wir diese Motive aufzeigen. Denn nur dadurch kann die Forderung nach Kontingenten untermauert werden.

So richtet sich diese Erhebung an Personen im Raum Basel, die eine Haushaltshilfe ohne Arbeits- bzw. Aufenthaltsbewilligung beschäftigen. Der beiliegende Fragebogen bietet Ihnen eine Chance, Ihre Meinung darzulegen!

Selbstverständlich **bleibt die Befragung anonym**. Anhand des Fragebogens wird auch ersichtlich, dass keine detailliert persönlichen Angaben gewünscht werden; er soll einfach dazu dienen, ein Bild der Situation und Überlegungen der ArbeitgeberInnen zu bekommen. Wir werden uns gegebenenfalls hingegen erlauben, die mit der Umfrage erzielten Ergebnisse zu veröffentlichen und sie für Vorstösse im Hinblick auf Kontingente zu verwenden.

Die Projektgruppe der Anlaufstelle für Sans-Papier Basel dankt Ihnen für Ihre Mitarbeit! Wir bitten Sie, den ausgefüllten Fragebogen an unsere Adresse zu senden, die Sie am Ende des Fragebogens finden.

Freundliche Grüsse

Pierre-Alain Niklaus  
Leiter Anlaufstelle für Sans-Papiers